



LANDKREIS
ERDING

PROTOKOLL

öffentlich

Büro des Landrats
BL

Alois-Schieß-Platz 2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129
Fax 08122/58-1109
elfriede.mayer@lra-
ed.de

Erding, 21.01.2008
Az.:

37. Sitzung des Bauausschusses am 15.01.2008

Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:

Becker, Manfred

Biller, Josef

ab 14.40 Uhr

Christofori, Erich

Grandinger, Simon

Hagl, Monika

Haindl, Sebastian

Hofstetter, Franz Josef

Mock, Franz

Reiter, Wolfgang

Rübensaal, Siegfried

Schlehuber, Anton

Wiesmaier, Hans

sowie als Vorsitzender:

Bayerstorfer, Martin

von der Verwaltung:

Fischer, Heinz

Helfer, Helmut

Graßl Reiner

zu TOP 1 und 3

Unterreitmeier, Johann
Mayer, Elfriede
Centner, Christina

zu TOP 1 und 3
(Protokoll)



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Ferner nehmen teil:

Herr Stephan vom Landratsamt Ebersberg (TOP 1 und 3)
Herr Lanzinger, Architekt Gruber und Herr Wirth von der Fa. kplan

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil:

1. Schulen des Landkreises - Neubau FOS/BOS
Vorstellung der Entwurfsplanung, sowie verschiedener Untersuchungen und
Vorschläge zum nachhaltigen Passivhausstandard
Vorlage: 2007/0302
2. Bekanntgaben und Anfragen
- 2.1 Verzögerung der Baumaßnahme FOS/BOS

I. Öffentlicher Teil der Sitzung des Bauausschusses am 15.01.2008



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

1. Schulen des Landkreises - Neubau FOS/BOS Vorstellung der Entwurfsplanung, sowie verschiedener Untersuchungen und Vorschläge zum nachhaltigen Passivhausstandard Vorlage: 2007/0302

Kreisrat Grandinger eröffnet die Sitzung des Bauausschusses und begrüßt Architekt Gruber, Herrn Lanzinger und Herrn Wirth von der Fa. kplan.

Landrat Bayerstorfer übernimmt den Vorsitz. Er bittet Architekt Gruber um Ausführung.

Architekt Gruber berichtet zum Gebäudeentwurf, es habe sich gegenüber der letzten Vorstellung räumlich und funktional nicht viel verändert. Der Entwurf sei in Zusammenarbeit mit dem Fachingenieur weiter verfolgt worden. Auch am Lageplan haben sich Änderungen nur im Zentimeterbereich ergeben.

Nach ersten Erkenntnissen des Lärmschutzgutachtens wird empfohlen, einen Lärmschutzwall zu bauen, um einer Konfrontation mit den Nachbarn zu entgehen. Zulassungstechnisch würde es auch ohne Lärmschutzwall möglich sein.

Die Pläne bekommen langsam die Form, wie sie für die Genehmigung notwendig sind. Die Wandstärken seien in Zusammenarbeit mit Herrn Gludovatz festgelegt worden. Die Treppen, die Flurbreiten seien angepasst und die ersten Brandschutzüberlegungen mit eingearbeitet worden. Es werde drei Brandabschnitte geben, die immer an den Nahtstellen zum Flur mit einfachen Schotts, die sich bei Brandgefahr schließen, vorgesehen sind.

Er erklärt, für die Entwässerung des Regenwassers sei es notwendig, den Graben mit kleinen Stegen zu queren, damit die Leitungen nicht in der Luft über den Graben laufen.

Architekt Gruber erklärt weiter, die Informatikräume waren ursprünglich im 2. Obergeschoß auf der rechten Seite geplant. Im Untergeschoß waren ein Seminarraum und ein Gruppenraum vorgesehen. Diese Räume sollen nun getauscht und der Informatikbereich im Untergeschoß untergebracht werden. In Gesprächen mit Lehrern und der Lehrervertretung habe sich herausgestellt, dass ein zweiter kleinerer Informatikraum notwendig wäre. Vom Kulturministerium sei im Raumprogramm ein großer Informatikraum mit 75 qm und ein kleiner mit 60 qm genehmigt worden. Geplant seien nun ein Informatikraum mit ca. 77 qm und zwei kleinere Räume mit je ca. 40

qm, ca. 20 qm mehr als im Raumprogramm genehmigt worden ist. Dies sei jedoch eine Entscheidung im Bauausschuss.



Kreisrat Reiter fragt, ob der zusätzliche zweite kleinere Informatikraum zu Mehrkosten führen wird.

LANDKREIS
ERDING

Architekt Gruber antwortet, es werde Mehrkosten in einem vertretbaren Rahmen geben, weil die technische Ausstattung und der Tafelbereich zusätzlich zu gestalten seien. Im Baukörper ändere sich nichts.

Büro des Landrats
BL

Im Weiteren zeigt Architekt Gruber das Fassadenraster mit den Fertigelementen. Es sei geplant, die Lüftung in die Fertigelemente der Fassade zu ziehen. Die Fassade sei in einer Holzschalung dargestellt. Es werde „nachwachsendes Material“ bevorzugt. Welches Material dann letztendlich verwendet werden soll, wird die Entscheidung im Bauausschuss sein.

Es sei versucht worden, möglichst großformatige Fenster und Verglasungen zu verwenden, um den Energieanteil zu minimieren. Weiter zeigt er die Aufteilung mit den Fluchtbalkonen und die notwendige Beschattung.

Im Obergeschoß sei die Raumaufteilung so wie im Vorentwurf geplant. In weiteren Gesprächen mit den Lehrern und den Fachbereichsvertretern habe sich die Raumaufteilung bewährt.

Weiter erklärt er, die Treppenhäuser und die Außenwände werden massiv gebaut, um eine Aussteifung zu haben. Die Fassade selbst wird in einem Rastermaß von 125 cm (Werksvorfertigung) verkleidet.

Weiter zeigt er einen Schnitt des Gebäudes. Über dem Atrium könne über einen Bypass die Warmluft abgesaugt und dem Lüftungsgerät zugeführt werden. Es kann die Wärme, die im Atrium hochsteigt genutzt und über einen Wärmetauscher wieder verwendet werden.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nur ein kleiner Anteil der Leistungsphasen beauftragt worden sei und der andere Teil von Seiten des Generalunternehmers erbracht worden wäre. Dies funktioniere jedoch in dem speziellen Fall nicht. Der Passivhausstandard könne nicht mit der bisher üblichen Verfahrensweise bei PPP-Modellen mit einem Generalunternehmen umgesetzt werden. Für diesen Passivhausstandard seien spezielle Festlegungen notwendig. Das bedeutet aber eine deutliche Verzögerung von einigen Monaten. Eigentlich hätte im Januar 2008 bereits die Ausschreibung erfolgen müssen.

Kreisrat Becker stellt fest, wenn so wie früher verfahren worden wäre, hätte der Generalplaner diese Leistungsphasen erbringen müssen. Es müsse allen bewusst sein, dass sich durch die Passivhausbauweise die Bauzeit verlängern wird.

Der Vorsitzende sagt, für diesen Passivhausstandard und dem Nachhaltigkeitskonzept seien Verhandlungen mit der DBU und den Förderbehörden notwendig, die sehr viel Zeit in Anspruch nehmen. Es



steht noch nicht fest, wie im Einzelnen die Details der Energieversorgung, die Fassadenelemente, usw., aussehen. Es könne sein, dass z.B. etwas ganz neu entwickelt werden muss. Deshalb sei es sinnvoll, vorweg eine detailgetreue Planung und Ausschreibung durchzuführen. Er betont, dieser Passivhausstandard bedeutet im Minimum $\frac{1}{2}$ Jahr Bauverzögerung.

Herr Lanzinger ergänzt, die komplette Ausführungsplanung, die der Generalunternehmer bei einem konventionellen Projekt praktisch parallel gemacht hätte, müsse im Vorfeld gemacht werden.

Büro des Landrats
BL

Herr Lanzinger stellt für Herrn Gludovatz, der krank ist, die derzeitigen Zwischenergebnisse zum Energiekonzept vor. Er erklärt, es gibt die Vorgaben der DBU (Deutsche Bundesstiftung für Umwelt). Die DBU fordert, dass nicht „im stillen Kämmerchen etwas geplant wird“, sondern, dass etwas geplant wird, mit dem Ziel, dass es Lerneffekte und Multiplikatoren gibt.

Die DBU verlangt, dass Lehrer, Schüler, Eltern, usw., also auch die Nutzer, eingebunden werden. Dies sei bisher schon umgesetzt worden. Es haben schon mehrere Präsentationen bei der Eltern- und Schülerversammlung, bei der Lehrerschaft, usw. stattgefunden. Bei einem Termin waren auch Vertreter der DBU und der Obersten Baubehörde anwesend. Es sei bisher ausreichend nach außen kommuniziert worden. Die Voraussetzung für eine Förderung der DBU sei ein so genanntes „6-Schritte-Programm“.

Der 1. Schritt sei die Befragung der Nutzer. Dafür sei extra eine E-mail-Adresse eingerichtet worden, damit möglichst viele Dinge in die Planung aufgenommen werden können. Dabei müsse jedoch aufgepasst werden, dass sich die Wünsche nicht auf die Kosten auswirken.

Der 2. Schritt sei die Bewusstseinsbildung. Es muss nach außen klar dargestellt werden, was gebaut wird, nicht nur, dass ein Projekt gebaut wird, sondern auch der Prozess, wie so ein Projekt geplant wird und warum manche Dinge gemacht werden.

Der 3. Schritt sei ein Nutzerhandbuch für das neue Gebäude zu erstellen, damit das Wissen über die Nutzung des Gebäudes von einer Schülergeneration zur Nächsten weiter gegeben werden kann. Auch für die Schule in Klaus sei das gemacht worden. Ein solches Konzept funktioniert nur dann richtig, wenn auch die Nutzer sich entsprechend verhalten. Die derzeitige Generation sei im Geschehen integriert, wird aber vom eigentlichen Projekt keinen Nutzen mehr haben. Dies müsse der nächsten Generation weiter vermittelt werden.

Der 4. Schritt seien Baubesichtigungen von Schulklassen mit dem Lehrer während der Bauzeit.

Der 5. Schritt sei der Informationsaustausch im Betrieb, direkt von den Nutzern an die Betreiber. Es gibt Zielvorgaben in Kilowattstunden pro Quadratmeter. Es müsse z.B. kommuniziert werden, wenn bestimmte Werte nicht eingehalten werden, usw.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der 6. Schritt sei, das Ganze der Bevölkerung direkt vom Nutzer aus zu vermitteln. Er denkt, das Bewusstsein der Bevölkerung wird durch die steigenden Energiepreise kommen.

Weiter erklärt er, ein Teilbereich der Planung sei der Sonnenschutz. Ein wichtiger Punkt, weil in konventionellen Klassenräumen der Sonnenschutz oft nicht so gut funktioniert. Es müssen viele Komponenten verbunden werden (z.B. Blendschutz). Es soll auch eine hohe Tageslichtlenkung bis in eine Raumtiefe von ca. 8 m erreicht werden, damit wenig Kunstlicht zusätzlich verbraucht werden muss und der Strombedarf für den Kunstlichteinsatz in den Klassenräumen gesenkt werde.

Ein Hauptproblem beim Sonnenschutz sei der Blendschutz, dass z.B. keine Spiegelung zu den Nachbargebäuden bei geschlossenem Zustand erfolgt. In den Klassenräumen soll bei geschlossenem Sonnenschutz eine „Wandwirkung“ vermieden werden. Für die Nutzer (im Raum) soll trotz des Sonnenschutzes die Blickbeziehung zur Umgebung erhalten bleiben und die Tageslichteinleitung in den Raum soll auch bei tiefer Sonne im Winter höher sein als bei hohem Sonnenstand. Um diese Dinge zu erfüllen, soll der Sonnenschutz aus Glaslamellen an den vorgesetzten Fluchtbalkonen angebracht werden, die den gewünschten Blendschutz bringen. Der Sonnenschutz soll nicht ganz nach unten gehen, es soll ein Freiraum von ca. 40 cm sein, wo die Schüler auch bei geschlossenem Sonnenschutz einen direkten Blick nach außen haben. Der Sonnenschutz sei extra für das Projekt neu entwickelt und konstruiert worden. Herr Gludovatz habe mit seinen Mitarbeitern eine entsprechende Entwicklungsarbeit geleistet mit dem Ziel, das auch die DBU vorgibt. Der Sonnenschutz besteht aus zwei Glasplatten, die aufeinander geklebt werden. Die eine Glasplatte sei weiß lasiert und die zweite satiniert. Die satinierte Glasplatte sei außen. Das gewährleistet, dass das Glas von außen nicht blendet. Die weiße Lackierung gewährleistet, dass innen der Blendschutz gegeben sei. Wenn der Sonnenschutz geschlossen ist, sieht es aus wie eine helle Wand. Der Sonnenschutz wird durch Motoren auf- und zugefahren.

Der Vorsitzende fragt, ob an eine zusätzliche Verdunklungsmöglichkeit innen gedacht worden sei, weil am neuen Gymnasium der Sonnenschutz nicht gut funktioniert, wenn mit Medien gearbeitet wird.

Herr Lanzinger antwortet, eine zusätzliche Verdunklung könnte in einzelnen Räumen innen vorgesehen werden. Er denkt und das zeigt auch die heutige Präsentation, dass die neuen modernen Beamer lichtstärker seien, weshalb eine komplette Verdunklung nicht mehr notwendig sein wird.

Architekt Gruber weist darauf hin, dass der EDV-Raum auf der Nordseite im Untergeschoß liege. Die Einteilung der Räume sei anders, als beim neuen Gymnasium.

Der Vorsitzende fragt, wie der Sonnenschutz, z.B. bei Wind, funktioniert.



Architekt Gruber sagt, Probleme gebe es bei leichten Konstruktionen wie Stoff oder Aluminiumlamellen. Die vorgesehene Glaskonstruktion sei dagegen relativ massiv und stabil.

Herr Lanzinger zeigt das Lichtkonzept in den Räumen. Es seien je drei Lichtbänder vorgesehen, die je nach Bedarf separat geschaltet werden. Im hinteren Bereich der Räume sei der größte Dunkelheitsgrad. Wenn die Lichtstärke unter eine bestimmte Luxzahl geht, schaltet sich das über Sensoren gesteuerte Lichtband an. Je nach Bedarf schalten sich die anderen Reihen hinzu. Diese Einrichtung sei kein großer technischer Aufwand, es könne damit u.a. auch Strom gespart werden. Damit sei auch das Ziel erreicht, das die DBU vorgibt, mit möglichst einfachen Dingen Sonnenschutz zu gewährleisten. Diese Glaslamellen lassen sich relativ leicht herstellen. Es müssen dazu noch Gespräche mit dem Hersteller geführt werden.

Das nächste, eigentlich wichtigste Thema sei das Gesamtenergiekonzept. Das Atrium auf der Westseite sei eine starre Angelegenheit und soll als Überhitzungsschutz dienen. Es wird oben im Atrium eine Lüftungsklappe geben, die sich öffnet und schließt, ohne komplizierte Ventilator-technik. Auf dem Glasdach im Atrium sei der einzige Einsatz von Fotovoltaik geplant, der die Doppelfunktion Beschattung und gleichzeitige Stromproduktion habe.

Der Vorsitzende sagt, es müsse nach Vorgabe der DBU der Nachweis erbracht werden, dass eine PV-Anlage in der Gesamtökobilanz positiv abschneidet. Es könnte im Extremfall sogar sein, dass mit einem sehr hohen Anteil von PV-Anlagen die Förderfähigkeit gefährdet wäre. Er denkt, eine PV-Anlage mache in der Kombination an dieser Stelle aber Sinn.

Herr Lanzinger sagt, wirtschaftlich rechnet sich eine PV-Anlage nur durch die hohen Einspeisungsvergütungen. Es gibt in der Zwischenzeit aber Solaranlagen, die sich mit weniger Aufwand herstellen lassen.

Kreisrat Hofstetter interessiert das Ergebnis der Prüfung und bittet, ihm das zukommen zu lassen.

Herr Lanzinger sagt, das Ergebnis müsse auch der DBU vorgelegt werden, um die Förderung zu bekommen.

Der Vorsitzende betont, es müssen diese einzelnen Schritte, wie sie Herr Lanzinger vorgestellt hat, z.B. das Nutzerverhalten (Lehrer, Schüler, Verwaltung) mit einbezogen werden, dazu kommt, dass der Nachweis über Jahre hinweg erbracht werden muss, vor allem auch der Generalunternehmer den Nachweis erbringen muss, dass alles so auch funktioniert. Das Projekt werde zu 70 % zunächst bezahlt und erst wenn in ein paar Jahren nachgewiesen wird, dass diese Passivhausbauweise funktioniert, werden die restlichen 30 % bezahlt.

Kreisrat Becker fragt, was passiert, wenn der Landkreis dafür keinen Generalunternehmer findet.

LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende sagt, ein Generalunternehmer wird schon zu finden sein, die Frage wird aber sein, ob sich ein Generalunternehmer plus Finanzierung finden lasse. Dazu gibt es demnächst noch Abstimmungsbedarf mit der Regierung v. Obb. Das alles bedeutet deshalb eine zeitliche Verzögerung der Bauphase.

Noch dazu kommt, dass auf dem Areal drei Bodendenkmäler liegen. Die ganze Fläche müsse schichtweise abgetragen werden, weil das Bayer. Landesamt für Denkmalpflege darauf besteht.

Herr Lanzinger merkt an, deshalb müsse die Ausschreibung dementsprechend genau und detailliert aufgebaut und im Vorfeld Interessensbekundungsgespräche geführt werden. Er denkt, es kann alles entwickelt werden, aber es nutzt nichts, wenn sich dann dafür kein Generalunternehmer finden lassen würde. Derzeit sei die Situation, dass die Auftragsbücher entsprechender Firmen auf dem Markt voll sind. Es müsse ein Referenzprojekt sein, damit Firmen ihr Interesse bekunden.

Weiter erklärt Herr Lanzinger, die Fassade sei nicht nur ein Wärmeelement, sondern es laufen auch die Leitungen für die Beheizung und die Belüftung durch. Die erwärmte Luft kommt von zentralen Zuluftgeräten im Keller passiv in die Klassenräume hinein. Passiv heißt, die Luft kommt nicht über Ventilatoren, sondern wird in den Raum durch den Unterdruck (Kamineffekt) hineingezogen. Dies habe den Vorteil, dass in der Klasse ein ständiger nicht bemerkbarer Luftaustausch stattfindet (18 m³/Std pro Person, pro Klasse 580 m³/Std.) Diese Abluft aus den Klassenzimmern geht über das Atrium nach oben und über Wärmetauscher nach außen. Die DBU findet diese einfache, nicht hochtechnische Lösung gut.

Architekt Gruber erklärt, es hängt viel „Kopfarbeit“ in dem Fassadenelement. Der Baukörper an sich sei extrem einfach. Die Hauptarbeit steckt in der Fassade. Ein wesentliches Element dabei sei auch das Atrium.

Der Vorsitzende merkt an, die DBU verspricht sich von der Entwicklung, dass diese standardisiert weiter eingesetzt werden könnte.

Herr Lanzinger sagt, das Problem dabei sei, alles was an neuen Ideen einfließt und gemacht wird, habe extreme Auswirkungen auf alle anderen Bereiche.

Er zeigt weiter zum Lüftungskonzept, es seien zwei Zuluftanlagen (Süd und Nord) im Untergeschoß geplant, die über Bodenkanäle versorgt werden. Er zeigt die geplante Bypasslösung. Wenn die Temperatur 15 Grad übersteigt wird dann nicht von den Bodenkanälen die Luft gezogen, sondern direkt von oben mit Wärmetauschern abgezogen. Zwischen der Gastroschule und der FOS/BOS wird ein Luftschacht geplant, wo die Zuluft angezogen wird.

Er zeigt ein Zuluft-Fassadenelement, das als Rastermaß in Serienfertigung hergestellt werden soll.



Ursprünglich war angedacht, alles in die Fassade einzubauen und ohne Bodenregister auszukommen. Aufgrund der Berechnungen habe sich herausgestellt, dass zwei Bodenregister notwendig seien. Bodenregister bedeutet, dass Rohre im Boden verlegt werden, die die Wärme anziehen und im Sommer die Kühlung vornehmen. Diese zwei Bodenregister werden unter den Parkplätzen und unter der Bodenplatte des Gebäudes verlegt, die sich gegenseitig abpuffern.

Nach derzeitigen Berechnungen wird der Heizwärmebedarf nicht bei 15 kWh/m²a, sondern bei 12,2 kWh/m²a liegen. Die Leistung Soleerdregister (im Heizfall) wird ca. 120 kW und die Leistung Soleerdregister (im Kühlfall) wird bei 100 kW sein. Es werden ca. 38.000 m³/h an Luftvolumen umgesetzt.

Er merkt an, zu den Zuluftgeräten im Untergeschoß sei auch eine Heizwärmeversorgung mit Fernwärme vorgesehen, die in Spitzenlastzeiten zugeschaltet werden kann.

Kreisrat Hofstetter fragt, wie sich der Gesamtprimärbedarf zusammensetzt.

Herr Lanzinger erklärt, 2006 habe die Schule in Klaus bei einem Raumvolumen von ca. 25.000 m³ Gesamtheizungskosten von 2.500 € gehabt.

Kreisrat Becker fragt, ob es aufgrund der fortschreibenden Planung mit den neuen Techniken Erkenntnisse gibt, ob sich die vorgestellte Investitionssumme ändert. Weiter möchte er wissen, ob sich dadurch Änderungen in der Wirtschaftlichkeitsberechnung ergeben.

Herr Lanzinger antwortet, das Ziel sei nach wie vor, möglichst einfache Techniken zu verwenden. Es gibt die Vorgabe der DBU, Lösungen zu entwickeln, die kostengünstig sind. Im Moment sei noch nicht absehbar, ob es größere Abweichungen geben wird.

Architekt Gruber sagt, im Moment befinden sich die Planungen noch im vorgegebenen Kostenrahmen.

Kreisrat Haindl bittet, über die wesentlichen Kenndaten dann nähere Angaben zu bekommen.

Kreisrat Reiter fragt, in welcher Höhe eine Förderung des Projekts zu erwarten sei.

Der Vorsitzende antwortet, es gibt bereits eine Zusage für die Förderung bei den Planungskosten. Von den ca. 250.000 € zusätzlichen Planungskosten habe die DBU 125.000 € an Förderung zugesagt. Er sei positiv gestimmt, dass auch die Baumaßnahme noch gefördert werden wird. Er habe auch eine Anfrage bezüglich Sponsorings von Firmen angedacht, weil dieses repräsentative Projekt mit der wissenschaftlichen Begleitung der TU, auch für Firmen interessant sein könnte.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Ein weiterer Punkt sei, dass nach den neuen Zuschussrichtlinien des Freistaates Bayern es auch für energiesparende Projekte einen Zuschuss geben soll. Auch dazu werden noch Gespräche mit Vertretern des Finanzministeriums zu führen sein.

Kreisrat Haindl ist überzeugt, dass die Planungen richtig sind und das Wohlbefinden in den Klassenräumen gut sei. Er möchte darauf hinweisen, dass aber spätere Umbaumaßnahmen bei der Bauweise aber schwierig sein werden.

Architekt Gruber merkt an, die Materialwahl und Materialgestaltung sei dabei ein wichtiges Thema.

Der Vorsitzende denkt, der Schulleiter sei jetzt noch mehr gefordert, weil es sicher vor Herbst dieses Jahres noch keinen Baubeginn geben wird.

Herr Lanzinger sagt, es sei geplant, Anfang Juni mit der Ausschreibung zu beginnen. Es sei dann zu überlegen, ob für die Kalkulationszeit etwas mehr Zeit angesetzt werden soll.

Der Vorsitzende bittet Kreisrat Biller, zu berichten, wie die Reaktion der Lehrer, Schüler und Elternvertreter war, die in Gesprächsrunden mit eingebunden worden sind. Er betont aber auch, je mehr mit eingebunden werden, bedeutet einen größeren Zeitverzug.

Kreisrat Biller berichtet, projektgemäß habe sich die Schule mit den Schüler-, Eltern- und Lehrervertretern beteiligt. Die Fa. kplan habe diese Gesprächsrunden aus erster Hand informiert. Es gibt an der Schule niemanden, der von dem Projekt in der Besonderheit nicht Bescheid wisse. Besonderes Interesse für das Projekt zeigen die Techniker an der Schule. Sie möchten diese Entwicklungen verfolgen und das Projekt auch in den Unterricht mit einbeziehen.

Kreisrat Rübensaal fragt, ob es möglich sei, entsprechende Unterlagen über dieses Projekt dann zu bekommen.

Herr Lanzinger erklärt, eine Vorgabe der DBU sei, dass entsprechende Daten nach Fertigstellung auch veröffentlicht werden. Es können dann alle Entwicklungen nachverfolgt werden. Inzwischen müssen aber noch sehr viele Berechnungen durchgeführt werden, um die entsprechenden Werte auch zu erreichen.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. **Der Vorsitzende** weist darauf hin, dass der vorgegebene Bauzeitenplan wie er ursprünglich festgelegt wurde, nicht eingehalten werden kann und damit auch Einverständnis besteht.

Der Vorsitzende bringt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

BauA/0260-08

Der vorgestellten Entwurfsplanung sowie den vorgestellten Untersuchungen und Vorschlägen zum nachhaltigen Passivhausstandard, als Basis für die weitere Planung und Ausschreibung, wird zugestimmt.



LANDKREIS
ERDING

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen.**

2. Bekanntgaben und Anfragen

2.1 Verzögerung der Baumaßnahme FOS/BOS

Der Vorsitzende erklärt, um Verzögerungen bei der Baumaßnahme der FOS/BOS zu vermeiden, sei am 24.10.2007 beim Bayer. Landesamt für Denkmalpflege angefragt worden, ob auf dem Grundstück mit Bodendenkmälern zu rechnen sei. Er erklärt, im Antwortschreiben vom 13.12.2007 habe das Bayer. Landesamtes für Denkmalpflege darauf hingewiesen, dass im Planungsbereich des Bauvorhabens drei Bodendenkmäler liegen, so dass mit einem flächigen archäologischen Befund zu rechnen sei. Dieser flächige Befund könne nur mit einem vorzunehmenden Bodenabtrag unter Aufsicht einer archäologischen Grabungsfirma erfasst werden, Sondagen wären hier unangebracht.

Büro des Landrats
BL

Die Ausschreibung für den Oberbodenabtrag müsste vorab erfolgen, damit es zu keinen Bauverzögerungen kommt, falls Bodendenkmäler gefunden werden.

Der Umfang dieser Vorabmaßnahme werde vom Büro kplan mit ca. 40.000 € brutto veranschlagt.

Herr Wirth merkt an, diese Summe sei bei den Erdarbeiten mit enthalten.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 15.10 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer
Landrat

Elfriede Mayer
Verwaltungsangestellte